

# Dettilorhoditor = Ónítuno

# Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Nummer 29

Düsseldorf, den 23. Juli 1932

#### Neckarwörter Kreisfelder

Illusionspolitie

M. Trotzdem Politik nach dem Worte Bismarcks die „Kunst des Möglichen“ ist, war die politische Agitation noch immer weitgehendst bestimmt von Illusionen, die mit den praktischen Möglichkeiten und der rauhen Wirklichkeit oft sehr wenig gemeinsam hatten. Insbesondere auf die politische Propaganda jener Gruppen trifft das zu, die mit ihrer politischen Meinung in der Opposition stehen und derenfordernde oder ablehnende Stellungnahme durch ihre Oppositiionsstellung bestimmt wird. Für sie ist die Gefahr doppelt groß, in ihrer Propaganda der Illusion zu versallen. Aus dem verständlichen Bestreben heraus, eine möglichst große Gefolgschaft zu gewinnen und so ihre Oppositiionsstellung zu stärken, verläßt ihre Agitation nur zu leicht den realen Boden der praktischen Möglichkeiten und verläuft in politischen Illusionen, die unerreichbar sind. Geht diese Illusionspolitik dann soweit, im Eintreten für die jeweiligen politischen Forderungen und Ziele allen alles zu versprechen, dann liegt sie nahe und oft schon jenseits der Grenze, an der die politische Verantwortungslosigkeit beginnt, der jedes Mittel zur Erreichung ihres Ziels recht ist. Denn selbst dem politischen Laien muß es bei einiger Überlegung einleuchten, daß jene Versprechungen unmöglich zu erfüllen und darum unethisch sind.

Dennoch hat diese Illusionspolitik — gesteigert bis zur politischen Verantwortungslosigkeit — immer wieder einen überzeugenden agitatorischen Erfolg. Erfahrungsgemäß läßt sich die indifferente Massen nur zu gerne politische Versprechungen machen und lebt sich nur zu leicht über die Frage der praktischen Möglichkeit hinweg. Es ist ja so bequem, den eigenen Wünschen nachzuhängen und sich mit Illusionen, mit dem blinden Glauben an ihre Erfüllbarkeit, über die harten Notwendigkeiten der tatsächlichen Lage und ihrer Konsequenzen hinwegzutäuschen. Man braucht keine persönlichen Folgerungen aus diesen

So ist der starke Zulauf der indifferenten Massen zu jenen Oppositionsgruppen, deren Agitation auf das Prinzip der Illusionspolitik eingestellt ist, nicht verwunderlich. Sie spekulieren bewusst oder unbewusst auf diese Trügheit des politischen Denkens und Minderwertigkeit und profitieren davon. Die Frage der gegebenen Realitäten erörtern sie nicht und sorgen sich nicht um die Einlösung ihrer Versprechungen. Sie machen nur Opposition um der Opposition selbst willen, suggerieren zu den zahllosen Interessenwünschen weitere, führen Unzufriedenheit und züchten mit makelosen Forderungen und verantwortungsloser Kritik politischen Indifferentismus. Ihre Propaganda ist politisch Demagogie und Geschicklichkeit ist es. Und diese Methode bekommt ihnen offenbar zunächst recht gut. Die Anhängermassen werden immer größer, der Zulauf von Leichtgläubigen und Unzufriedenen nimmt ständig weiter zu — Missionen Stimmenzahlen fallen ihnen in den Schoß.

Eine andere Frage ist freilich die, wohin solche „Politik“ führen muß und welches ihr endgültiges Ergebnis sein wird. Die Antwort darauf ist kaum zweifelhaft. Aus jener Opposition, die im Grunde genommen nichts anderes ist, als eine mehr oder weniger künstlich gezüchtete Masse politisch Unzufriedener, die keinerlei gemeinsames politisches Ziel haben, kann niemals eine gemeinsame ausbauende Kraft ausgelöst werden. Ihre Aktivität liegt nur im Negativen, in der Kritik, im Verneinen und Niederteißen. So muß auch das Ergebnis solcher politischen Agitation selbst negativ sein. Die Massen, die sie gewinnt, sind staatspolitisch verloren, sind politisches Treibholz. Die Zukunft wird das bestätigen. Es ist nicht das erste Mal, daß eine Massenbewegung der politischen Opposition gezüchtet wurde und im gleichen Maße wieder zerstört, als sie politische Verantwortung übernehmen und politisch handeln mußte.

Die Überlegungen sind für die Arbeitnehmerchaft von besonderer Bedeutung. Muß sie schon aus Gründen des politischen Verantwortungsgefühls von jenen Methoden politischer Illusionsmakerei und Verantwortungslosigkeit abtreten, so ganz besonders in ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit. Wenn überhaupt eine verantwortungsbewußte Politik die Beachtung und Würdigung nüchtern realer Tatsachen erfordert, dann die Gewerkschaftspolitik im besonderen. Sie sieht diese Tatsachenwürdigung geradezu voraus, baut darauf auf und ist praktisch selbst Tatsachendpolitik. Sie kann keinen Illusionen nachhängen, sondern bleibt durch ihre reale Tagesarbeit immer wieder mit der rauhen Wirklichkeit, ihren Grenzen und Möglichkeiten verbunden. Sie kann keine leeren Versprechungen machen, die unerfüllbar sind, wenn sie nicht ihre eigene Existenz leichtfertig aufs Spiel setzen will. Sie kann nur in Realitäten denken und handeln. Das bestimmt auch die Methoden ihrer Agitation und deutet ihnen ihren besonderen Stempel auf.

# Die deutsche Sozialversicherung — ein „Fehlschlag“?

Nicht selten kann man in letzter Zeit, besonders in der arbeitgeberfreundlichen Presse, lesen, daß die deutsche Sozialversicherung „ein Fehlschlag“ sei. Es wird dabei in der Regel hingewiesen auf die Nachkriegspolitik. Diese habe Leistungen und Beiträge in gefährlicher Weise überteuert. Arbeitnehmergruppen mit völlig verschiedenen Versicherungsrisiken seien unbedenklich in dieselbe Versicherungsform hineingeprägt worden. Durch die Überspannung des Personenkreises seien ungefundne Riesengebilde, besonders in der Krankenversicherung, entstanden.

Der Zweck derartiger Presseausschreibungen ist, die Regierung zu beeinflussen; weitere Eingriffe in der Sozialversicherung vorzunehmen. Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 gibt ihr hierzu weitgehende Ermächtigung. Wir zweifeln nicht daran, daß die Regierung „von Papen“ sich diese Umgestaltung im Sinne reaktionärer Arbeitgeberkreise zum Ziel gesetzt hat. Die jüngste Notverordnung mit ihren verheerenden Folgen für die Arbeitnehmer gibt bereits einen Begriff davon, wie diese Umgestaltung aussehen wird.

Wenn die deutsche Sozialversicherung in letzter Zeit häufig als Fehlschlag hingestellt wird, so ist zunächst die Frage berechtigt: „Wie steht es gegenwärtig um das deutsche Volk ohne diese Versicherung?“ Uns will scheinen, daß gerade die Gegenwart mit ihrer gewaltigen sozialen Not der beste Anwalt ist für die Aufrechterhaltung der sozialen Einrichtungen. Die Durchhaltung der arbeitslosen Menschen würde ohne die Beiträge der Beteiligten für Staat und Gemeinde wohl

Aehnlich verhält es sich auch mit der Invaliden- und Krankenversicherung. An wem sollen denn alte und kranke Arbeitsinvaliden in dieser Notzeit einen Rückhalt haben, wenn nicht an ihrer Befticherung? Die Familienangehörigen sind meist selbst auf Unterstützung angewiesen. Sie sind arbeitslos oder arbeiten verkürzt. Selbst jene, die noch das Glück hatten, den Arbeitsplatz nicht zu verlieren, sind meist nicht in der Lage, bedürftige Angehörige zu unterstützen. Zu sehr wurde ihnen der Verdienst gekürzt. Gerade die Sozialversicherung bildet für viele Millionen Menschen gegenwärtig die einzige Möglichkeit zur Erhaltung ihrer Existenz. Wenn trotzdem vielfach von einem Fehlschlag der Sozialversicherung gesprochen wird, so beweist dies nur, wie leichtfertig oft über Dinge abgeurteilt wird, wovon man im Grunde genommen sehr wenig versteht.

Wie war es denn in der Nachkriegszeit mit der Sozialversicherung? Wurden die Leistungen in dieser Zeit wirklich übersteigert? Man kommt dieser Frage näher, wenn man die Versorgung anderer Berufsgruppen mit jener der Arbeiter vergleicht. Nehmen wir die Altersversorgung der Beamten und vergleichen sie mit der Invalidentrente des Arbeiters. Der Beamte bezieht bis zu 70 Prozent seines Gehaltes als Pension. Der Arbeiter dagegen erhält an Invalidentrente, wenn's hoch kommt, bis zu 30 und 35 Prozent seines Arbeitsverdienstes. Die Durchschnittsinvalidentrente betrug bis vor der letzten Notverordnung rund 37,- RM. im Monat. Die Angestelltenversicherung zahlte ihre Ruhgelder in doppelter Höhe. Nach der Notverordnung vom 14. Juni 1932 wird die Durchschnittsrente nicht wesentlich über 30 Mark liegen.

In der Krankenversicherung wurden in der Nachkriegszeit die freiwilligen Mehrleistungen bedeutend ausgebaut. Das ging natürlich nicht ohne Steigerung der Beiträge. Aber welcher objektiv denkende Beurteiler wollte behaupten, daß das Maß der Fürsorge für den kranken Versicherten und seine Familie übersteigert gewesen wäre? Die Einengungen der Versicherungsleistungen, wie sie auf Grund von Notverordnungen in den letzten Jahren Platz griffen, sind für die kranken Menschen nur schwer tragbar. Die Verordnungen der Ärzte bezüglich Krankenkost werden von den Kranken sehr oft mit Ironie aufgenommen. Die Kürzungen des Krankengeldes gestatten es nicht mehr, dem Kranken besondere Zuwendungen zu seiner Stärkung zu geben. Hier sei eingestanden, daß gerade die Zwergkassen, wie die Praxis tagtäglich bestätigt, in der Leistung für die Versicherten am meisten zurückhalten. Eine Auflösung dieser Kassen — wir denke hier besonders an Innungskassen — und ihre Verschmelzung mit den Ortskassen würde manche Missstände für die Versicherten beheben.

War es etwa in der Unfallversicherung anders? Der Bezug der Rente war doch immer ein Kleinkrieg mit der Berufsgenossenschaft. Das Vertrauensärztesystem sorgte von jeher dafür, daß der Versicherte mit seiner Rente nie zur Ruhe kam und daß er seiner Rente auch nie froh werden konnte. Welche Kämpfe mußten vielfach ausgesuchten werden, um eine karge Teilstrente zu bekommen. Der Begriff der „Gewöhnung an den Zustand“ war von jener der Säretten der Rentner.

Bei der Beurteilung der deutschen Sozialversicherung in der Nachkriegszeit wird meist übersehen, daß die Inflation auch ihre Wirkung auf restlos hatte. Dagegen schmelzen lassen. Die Löhne wurden zu Anfang des Jahres 1924 auf ein äußerst niedriges Niveau stabilisiert. Das hatte zur Folge, daß die Mittel für die Sozialversicherung nur spärlich flössen. Dementsprechend wurden auch die Leistungen äußerst niedrig bemessen. Mit der Besserung der Lohnverhältnisse in den folgenden Jahren wurden Beiträge und Leistungen in der Sozialversicherung auch allmählich erhöht. Das war notwendig und entsprach durchaus den damaligen Verhältnissen. Keineswegs konnten die niedrigen Sätze von 1924 in der Sozialversicherung beibehalten werden.

Die gegenwärtige angespannte Lage der einzelnen Versicherungsträger ist nicht so sehr Folge der Erhöhung der Leistungen, sondern vielmehr Folge der katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt, die ab 1929 einsetzte. Die Schwierigkeiten der Gegenwart würden bald überwunden sein, wenn wieder jedem Arbeitswilligen sein Arbeitsplatz verschafft werden könnte. Daraus geht klar hervor, daß die deutsche Sozialversicherung absolut kein Erfolg ist. Wie das deutsche Volk die Wirtschaftskatastrophe der letzten Jahre ohne Sozialversicherung hätte überwinden sollen, ist schwer zu sagen. Jedenfalls wäre ohne sie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung kaum möglich gewesen.

Die Gegenwart mit ihren gewaltigen Krisenerhebungen in der ganzen Welt darf nicht als Maßstab für die Beurteilung der Sozialversicherung angewandt werden. Katastrophenzeiten siezen von jeher die Völker und Menschen enger zusammenrücken. In echter Volksverbündenheit suchte man gemeinsam solche Zeiten zu überwinden. Eine Sozialversicherung kann ohne diesen Geist der Volksverbündenheit in heutiger Zeit auch nicht auskommen. Sie deshalb als einen Fehlchlag zu bezeichnen, ist nicht ehrlich. Alle jene Kreise, die so absässig über unsere sozialen Einrichtungen urteilen, beweisen damit nur, daß sie trotz jahrelanger Volksnot immer noch nicht vom Geiste der Volksverbündenheit erfaßt wurden.

muß — soll sie zu einer dauernden Stärkung der Bewegung führen — diesen Tatsachen Rechnung tragen. Datum muß sie auch die Methoden der Illusionspolitik, deren sich jene Oppositionsgruppen bedenkenlos bedienen, ablehnen. Auch in der Werbung muß sie mit aller Klarheit herausstellen: Gewerkschaftsarbeit ist keine voraussetzunglose Wunschmalerei und Versprecherie, sondern sachliche Arbeit, mühsames Erfolge-Erkämpfen und Tertiusindication Schritt für Schritt. Gewerkschaftsarbeit bringt auch keine Scheinerfolge, die von selbst in den Schoß fallen und keine mühelose Erfüllung von phantastischen Wunschartträumen. Aber sie bietet bei unermüdlicher Kleinarbeit, bei vollem Einsatz aller Kräfte Erfolge, die bestehen bleiben und datum mehr wiegen als alle politischen Illustrationen und Versprechungen.

Patum eben aber ist sie auch besonders in der gegenwärtigen Zeit politischer Illusionsmalerei von erhöhter Bedeutung. Vor allem die Arbeitnehmerschaft hat in den

seisten Jahren nachgetadte zur Genüge erfahren, wohin sie mit jener veraussezungslosen Illusions- und Versprechungspolitik kommt und was sie davon zu erwarten hat. Das Erwachen aus jenen Illusionen ist noch immer für sie eine herbe Enttäuschung und Ernüchterung gewesen — nicht minder der bedingungslose Glaube an jenen billigen Verheißungen, mit denen man allen alles versprach. Zu guterletzt war sie es, die die Rechnung jener Versprechungen beglich — auf ihre Kosten und zum eigenen Schaden. So sollte die Arbeitnehmerschaft insbesondere jeder Illusionspolitik und jener verantwortungslosen politischen Propaganda entschieden entgegentreten und ihren Handlern energisch die Tür weisen. Zum anderen aber sollte sie gerade in dieser Zeit politischer Verwirrung mit besonderem Nachdruck auf die Sicherung ihres gewerkschaftlichen Einflusses — und damit auf die Verfolgung einer realen Tatzenpolitik bedacht sein. Weht denn je ist diese sachlich-nüchterne Gewerkschaftspolitik jetzt bittere Notwendigkeit.

## Die neuen Unterstützungsätze für Kurzarbeiter

Auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni 1932 hat der Reichsarbeitsminister die Reichsanstalt beauftragt, die Höhe der Unterstützungsätze für Kurzarbeiter den Sätzen in der Arbeitslosenunterstützung anzupassen. Der Präsident der Reichsanstalt hat darum neue Unterstützungsätze für Kurzarbeiter vom 4. Juli 1932 an angeordnet. Da die Kurzarbeiterunterstützung auf die Kalenderwoche abgestellt ist und erst nachträglich zur Auszahlung gelangt, werden die neuen Sätze erstmals bei Fortsetzung der Kurzarbeiterunterstützung für die Kalenderwoche vom 4. bis einschließlich 9. Juli zuwirken.

Durch die Anordnung des Präsidenten der Reichsanstalt ist lediglich die Höhe der Unterstützungssätze geändert worden. Es wurde die gleiche Zusammenziehung der Lohnklassen 4–6, 7–8 und 9–11 zu drei neuen Lohnklassen wie in der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen. Das materielle Recht der Kurzarbeiterunterstützung, das sich aus der alten Verordnung des Verwaltungsrates vom 27. August 1931 ergibt, ist unverändert geblieben. Eine Prüfung der Hilfsbedürftigkeit ist beim Kurzarbeiter nicht erforderlich. Die Angleichung der Unterstützungsätze für Kurzarbeiter an die neuen gesenkten Sätze der Arbeitslosenunterstützung hat eine recht erhebliche Verringerung der bisherigen Sätze zur Folge gehabt. Immer ist in verschiedenen besonders gelagerten Fällen in der Lohnklasse I eine ganz geringe Erhöhung eingetreten, dagegen ist aber im Durchschnitt eine Senkung von 20 Prozent, in besonderen Fällen bis zu 40 Prozent, vorgenommen worden. Um diese Senkung erkennbar werden zu lassen, sind in der nachstehenden Tabelle bei der Lohnklasse I und bei der neuen aus den Klassen 9–11 zusammengezogenen Lohnklasse die disjunktiven Unterstützungsätze (in Pfennigen) darunter genannt.

Lohn- Klasse	Ans- fall von Ar- beita- rern tagen	Kurzarbeiter				
		ohne zulässigkeitsdienstleistungen	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4 oder mehr
I	3	0,90 (1,10)	1,10 (1,20)	1,30 (1,40)	1,50 (1,55)	1,70 (1,70)
	4	2,30 (2,30)	2,60 (2,60)	3— (2,90)	3,49 (3,15)	3,49 (3,15)
	5	3,40 (3,40)	4— (3,80)	4,50 (4,20)	5,10 (4,60)	5,10 (4,60)
II	3	1,20 (1,20)	1,50 (1,50)	1,80 (1,80)	2,00 (2,00)	2,20 (2,20)
	4	2,80 (2,80)	3,20 (3,20)	3,6— (3,60)	4— (4,00)	4— (4,00)
	5	4,20 (4,20)	4,80 (4,80)	5,40 (5,40)	6— (6,00)	6— (6,00)
III	3	1,20 (1,20)	1,60 (1,60)	1,90 (1,90)	2,20 (2,20)	2,50 (2,50)
	4	2,70 (2,70)	3,40 (3,40)	4— (4,00)	4,80 (4,80)	5,40 (5,40)
	5	4,10 (4,10)	5— (5,00)	6— (6,00)	7— (7,00)	8— (8,00)
IV	3	1,50 (1,50)	2,30 (2,30)	3— (3,00)	3,70 (3,70)	4,50 (4,50)
	4	3,60 (3,60)	5— (5,00)	6— (6,00)	7— (7,00)	9— (9,00)
	5	5— (5,00)	7— (7,00)	11— (11,00)	13— (13,00)	13,50 (13,50)
V	3	2,80 (2,80)	3,50 (3,50)	4,30 (4,30)	5— (5,00)	5— (5,00)
	4	5,60 (5,60)	7— (7,00)	8,60 (8,60)	12— (12,00)	12— (12,00)
	5	8,50 (8,50)	11,50 (11,50)	13— (13,00)	17— (17,00)	17— (17,00)
VI	3	2,50 (2,50)	3,30 (3,30)	4,10 (4,10)	5— (5,00)	6— (6,00)
	4	4,60 (4,60)	6,70 (6,70)	8,60 (8,60)	10— (10,00)	10— (10,00)
	5	6,60 (6,60)	8,20 (8,20)	10— (10,00)	15— (15,00)	15— (15,00)
VII	3	5,80 (5,80)	8,50 (8,50)	10,50 (10,50)	13,50 (13,50)	15,50 (15,50)
	4	10,50 (10,50)	12,50 (12,50)	15— (15,00)	21— (21,00)	21— (21,00)
	5	12,50 (12,50)	15— (15,00)	18,50 (18,50)	21— (21,00)	21— (21,00)
VIII	3	7,50 (7,50)	10— (10,00)	12,50 (12,50)	15— (15,00)	21— (21,00)
	4	15— (15,00)	20— (20,00)	25— (25,00)	30— (30,00)	35— (35,00)
	5	20— (20,00)	25— (25,00)	30— (30,00)	35— (35,00)	40— (40,00)
IX	3	6,70 (6,70)	11,25 (11,25)	15— (15,00)	18,15 (18,15)	21,30 (21,30)
	4	13,50 (13,50)	18,75 (18,75)	23— (23,00)	28— (28,00)	33— (33,00)
	5	18,75 (18,75)	23— (23,00)	28— (28,00)	33— (33,00)	38— (38,00)

## Die Kosten der Wohlfahrt

Im neuen Etat des Reichsarbeitsministeriums sind unter dem Kapitel Wohlfahrtspflege 8000 RM. als Einnahmen und 55 501 700 RM. als Ausgaben eingeplant worden. Die Einnahmen kommen aus Rückzahlungen, Tilgungsbeträgen und Zinsen aus Darlehen, die reichsdeutschen Kriegsbeschädigten im Auslande gewährt werden sind. Die Ausgaben dagegen gliedern sich in zahlreiche Posten auf, von denen der größte Posten die Beteiligung

des Reiches an der Kleinrentnerfürsorge mit 28 Mill. RM. ist. Dieser Posten soll die Durchführung der Kleinrentnerfürsorge sicherstellen. Bis zu 10 000 RM. davon werden für die Unterstützung von Klein- und Sozialrentnern im Auslande abgezweigt. Noch im letzten Etat waren für diese Aufgabe 35 Mill. RM. angezeigt. Die Kürzung von 7 Mill. RM. wurde im Hinblick auf die Finanzlage des Reiches, die allgemeine Herabsetzung der Unterstützungsätze und die Bestimmungen der Notverordnung über die Kleinrentnerfürsorge vorgenommen. Der nächste Posten in Höhe von 19 415 700 regelt die Ausgaben für Unterstützungen an des Weltkriegs- und Arbeitspersonal früherer Heeres- und Marinebetriebe. Im Rechnungsjahr 1932 laufen Zuwendungen für 21 376 Invaliden und 9 524 Hinterbliebene. Für die Unterstützung von Empfängern von sogenannten Werkspensionen sind im Etat 3 450 000 Reichsmark eingeplant worden. Die Reichshilfe für Werkspensionsträger hat es der Hauptaufgabe des Zweck, die Selbsthilfe anzuregen und zu fördern. Sie wird in der Regel nur gezahlt, wenn auch die Berke und die beteiligten Gebietskörperschaften das Verteile zur Linderung der Not und zur Beseitigung der Rechtsunsicherheit nach Kräften beitragen. Für die Anstalten und Einrichtungen der Privatwohlfahrtspflege wurden 1 800 000 RM. angezeigt. Es handelt sich um eine fortlaufende Ausgabe, die

an die privaten Wohlfahrtsverbände gegeben wird, die in geschlossener Fürsorge arbeiten. Diese Verbände haben 600 000 Betten und über 120 000 Pflegekräfte. In der holzsozialen Fürsorge sind etwa 510 000 Bäcke und 22 000 Kräfte und in der offenen Fürsorge etwa 80 000 Einrichtungen und 21 000 Kräfte zur Betreuung. Für die Förderung von Einrichtungen der Arbeitsfürsorge, insbesondere für Erwerbsbeschrankte, und die Durchführung von Maßnahmen der Heilsfürsorge für Kinder, Kriegsbeschädigter, Kriegshinterbliebener und Sozialversicherter sind 1 Mill. Reichsmark in den Etat eingeplant worden. Von dem angezeigten Betrag müssen mindestens 500 000 RM. für Kindheitsfürsorge verwendet werden. Die sozialen Fürsorge für reichsdeutsche Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene im Ausland beansprucht 260 000 RM. Die Fürsorgestellen in Prag, Brünn und Wien erledigen für die Verpflegungsämter Dresden und München alle Aufgaben auf dem Gebiete der allgemeinen Versorgungsdienstlichen. Diese Amtler und die Fürsorgestellen in Graz seien auch die Zukunftsfest und zählen sie aus. An Beiträgen für sozialpolitische Vereinigungen, wie das Büro für Sozialpolitik, die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindsucht, der Internationale Verband für Wohnungswesen, der Deutsche Verein für Wohnungsträger, werden 23 000 Reichsmark angefordert.

den in der gleichen Regierungserklärung ausdrücklich die unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung erwidert, jedoch der Rost des Schlagwortes aus der alten manöverlichen Rüstkammer mußte diese Grundsätze verdecken.

Die Regierung ist nicht „solid“ verstanden worden. Die möglichen Ausführungen des Reichsinnenministers können jedenfalls nicht ganz das bittere Gefühl verdecken, das seinen Ursprung in der äußerst unglücklichen Formulierung der Regierungserklärung gefunden hat. Vorher fällt es schwer, zu glauben, daß jene katholischen Männer, die mit dem katholischen Kanzler im Kabinett der „nationalen Konzentration“ arbeiten, eigentlich darauf bedacht sind, die Grundsätze kirchlicher Lehraufführung zur Anerkennung zu bringen, sonst hätte doch die Regierungserklärung nicht so schwer verdecken können.

## Allgemeine Rundschau

### 3. Bodenreform Volksbewegung

Wie oft wurde den deutschen Bodenreformern Volksbewegung vorgeworfen, wenn sie forderten, daß deutsche Menschen im deutschen Heimatboden, vor allem im deutschen Osten, angesiedelt werden müßten. Auf dem diesjährigen Bodenreformkongress in Danzig sprach u. a. Prof. E. H. Hagen, der Direktor des Ost-Europa-Institutes in Breslau, über „Die russische Agrarrevolution und ihre Lehren für die deutsche Landwirtschaft“. In dem soeben erschienenen Heft 2 des „Jahrbuchs der Bodenreform“ (Verlag Hölzer, Jena) zu beziehen durch: Bodenreform G. m. b. H., Berlin, Postfach 79 025, Preis R. 1,80) ist der Vortrag erweitert und durch wertvolle Unterlagen ergänzt wiedergegeben. Daraus finden sich in demselben Jahrbuch Beiträge zur Heimatfrage von Prof. E. H. Hagen und wichtige Dokumente, die für jeden am öffentlichen Leben interessierten Bürger wichtig sind. Höggen hat reich, wenn er gegenüber den bulgarischen Maßnahmen Russlands die Grenzen absteckt und seine Ausführungen beschließt: „Die Grundlage des deutschen Agrarwesens muß ein festes privates Eigentum bleiben, aber ein solches, das nach bodenreformerischen Grundsätzen geordnet ist, damit es den Bauern vor Bodenpekulation und Schuldnottheit schützt.“

## Schiedssprüche in der Textilindustrie

### Schiedssprüche der Textilindustrie in Gladbach/Rheydt und Viersen

In der Lohn- und Manteltasstreitsache für die M. Gladbacher und Viersener Textilindustrie wurde am 11. Juli vom staatlichen Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt, der den Manteltasstreit unverändert wieder in Kraft setzt. Beim Lohntarif treten jedoch folgende Änderungen ein:

- Der Zeitlohnatz des Hilfsarbeiters über 22 Jahre wird von 53,5 auf 50,8 Pf. herabgesetzt. Das ist eine Senkung um 5 Prozent.
- Für die Arbeiterinnen in den Baumwollspinnereien ermäßigen sich die Löhne um 7 Prozent.
- Für das Tarifgebiet Viersen werden die Löhne um 5 Prozent und außerdem für Hilfsarbeiter in der Spinnerei noch besonders um 2 Pf. gesenkt.
- In der Buchbinderei werden diejenigen Artikel, die zur Zeit in größerem Umfang auch in den Baumwollwebereien hergestellt werden, auf den Lohnatz der Baumwollwebereien ermäßigt.

Die Bestimmungen des Manteltasstreites sollen mit dem 1. Juli und die Bestimmungen des Lohntarifs mit dem 18. Juli in Kraft treten. Beide Tarifverträge sind erstmals zum 28. Januar 1933 kündbar.

Dieser Schiedsspruch wurde von den Gewerkschaften abgelehnt. Der Arbeitgeberverband nahm den Schiedsspruch an und beantragte dessen Verbindlichkeitserklärung beim Schlichter.

Am 14. Juli fanden die Nachverhandlungen über den Antrag der Arbeitgeber auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vor dem staatlichen Schlichter statt. Diese Verhandlungen führten infolge der starren Haltung der Arbeitgebervertreter zu keiner Einigung. Der Schlichter hat darauf seine Entscheidung ausgegeben und den Parteien aufzugeben, unter sich noch einmal eine Einigung zu versuchen. Falls diese nicht gelingt, behält sich der Schlichter vor, die Parteien erneut zu Verhandlungen zu laden.

### Neuer Schiedsspruch für die badische Textilindustrie

Am 2. Mai wurde für die badische Textilindustrie ein Schiedsspruch gefällt, der eine Lohnsenkung von etwa 4 Prozent vorschlägt. Dieser Schiedsspruch wurde damals von den Gewerkschaften abgelehnt. Der Arbeitgeberverband nahm den Schiedsspruch an und beantragte dessen Ver-

bindlichkeitserklärung. Der Reichsarbeitsminister lehnte diesen Antrag ab. Die Unternehmer gingen dazu über, die Einzelarbeitsverträge zu kündigen und versuchten die Bestimmungen des Schiedsspruches in den Betrieben durchzuführen. Die Gewerkschaften riefen daraufhin den Schlichtungsausschuß Karlsruhe um Beratungshilfe an, der am 12. Juli den nachstehenden Schiedsspruch gefällt hat:

„Der Lohntarif, wie er im Schiedsspruch vom 18. 1. 1932 niedergelegt ist, wird mit der Maßgabe aufrecht erhalten, daß der Endlohn des männlichen Arbeiters über 25 Jahre sich bis einschließlich 6. August 1932 auf 54 Pf. berechnet, von da an auf 52 Pf.“

Die übrigen Positionen des Lohntarifes errechnen sich nach dem bisherigen Schlüssel, wobei Bruchpennige unter 0,5 ab und über 0,5 aufgerundet werden. Dieses Lohnabkommen ist mit vierwöchentlicher Frist, erstmals am 1. November 1932, kündbar.“

### Neue Tarifkündigungen in der Kreisfelder Textilindustrie

Nachdem vor einigen Wochen die Lohnbewegung für die Kreisfelder Seidenindustrie mit einem Abbau von 4 bzw. 6 Prozent ihren Abschluß gefunden hat, hält es nunmehr auch der Arbeitgeberverband der deutschen Sammelindustrie für zeitgemäß, seinerseits den Gewerkschaften den Arbeitnehmertarif zum 13. August d. J. zu kündigen. Forderungen zum Neuabschluß sind bisher noch nicht angemeldet worden. Man kann jedoch zu der Annahme neigen, daß das Ziel der Arbeitgeber hier weniger ein allgemeiner Lohnabbau ist, als vielmehr das Bestreben, von jeglicher tariflichen Bindung überhaupt loszukommen. In einer anderen Tarifgruppe des gleichen Industriezweiges ist dieser Wunsch anlässlich stattgefunder Verhandlungen klar und unzweideutig zum Ausdruck gekommen.

Die Arbeiterschaft dieses leider heute fast völlig daranliegenden Industriezweiges hat in der Zwischenzeit auf dem Wege der betrieblichen Festsetzung der Einzelakkordstücklöhne bereits Lohnabstufungen erlitten, die bis zu 50 Prozent reichen. Ein neuer Lohnabbau würde hier unter Berücksichtigung der fast Tradition gewordenen Kurzarbeit in seinem Auswirkungen

## Kampf dem Klassenkampf!

Aus der Verneinung des Klassenkampfgedankens heraus wuchs die christliche Gewerkschaftsbewegung. Sie ist dieser Tradition treu geblieben. Sie tritt dem Gedanken des Klassenkampfes entgegen, wo er irgendwie praktisch in die Erscheinung tritt. Nun gibt es zwei Arten Klassenkampf: den von oben und den von unten. Der Klassenkampf von oben hat den von unten gezeigt. Das ist eine Tatsache. Die „Oberen“ sind die Schuldigen. Sie müssten Führer und Vorbild einem Volke sein. Sie dürfen auch keine Klasse sein, sondern Stand, lebenswerte Glieder des Volksganzen. Sie müssten national handeln und nicht nur national reden. Denn das ganze Volk bildet die Nation. Die Nation ist die durch Sprache, Sitte, Kultur und Blut gebildete Gemeinschaft. Da gibt es kein besseres Blut, nicht solches mit bestimmten „blauen“ Bluthörnchen. Das gibt es nicht, das bildet man sich nur ein. Es gibt auch keine „Aristokratie“ des Körpers. Es gibt nur eine Aristokratie des Charakters. Um ein solcher Aristokrat des Charakters zu sein, braucht man vor seinem edlichen Namen kein Zauberwortchen „von“. Es gibt Aristokraten, die eine schwielige Hand haben, die die Gemeinschaft sehn und die für diese Gemeinschaft opfern. Die opfern, nicht weil sie opfern müssen, sondern weil sie opfern wollen. Für die Gemeinschaft, für die Nation. Wohlverstanden: für die Nation — denn das ist die Gemeinschaft.

Aber will man das nicht überall in deutschen Landen? Man nennt sich doch „nationale Konzentrationsregierung“! Weshalb? Weil die anderen nicht national waren und handelten, die anderen, die vorher regierten? — Die den Staat zur „Wohlfahrtsanstalt“ machen, sind doch nicht „national“! Die einzigen Jurken nicht mehr die Millionen, die die „anderen“ aufbringen müssen, geben wollen, die diese „Edelsten der Nation“ dem „Proletariat“ gleichstellen, die handelten doch nicht national! Sechsmalhunderttausend Industriedeutsche auf deutschem Boden ansiedeln, ihnen eine Heimat geben, die sie ernährt, das ist doch nicht national! Um Gotteswillen, das ist doch eine „Bolschewisierung“!

Man hat doch Ehrengedanken: Man ist der „Sauerteig“, man hat einen Stammbaum, man ist doch früher mit Schlägern und Papier umgegangen, und da versteht man zu kämpfen! Ja, Kampf den „Schädlingen der Nation“, den Gewerkschaften, der Sozialversicherung! Da kann man schon kämpfen, denn man hat doch Schleicher und Ohrenbläser, und man hat auch Geld! Geld von der Nation, das man für die Nation verwendet, um die Schädlinge kampftüchtig zu machen. Für sich verwendet man dieses Geld doch nicht. — Nein, für die Partei, für die Presse. Man ist doch intelligenter und demnach verpflichtet, die anderen, die Dummen, „auszuklären“. Man lebt doch in der Demokratie. Und eine Demokratie ohne Autorität, na, das ist doch keine Demokratie! —

Einen Staat der „Wohlfahrtsanstalt“ ist? — O nein! Einen Staat mit Gewerkschaften, mit staatlichem Lohn- und Schlüttungsschutz, mit Sozialversicherung, mit Vertretung der Arbeiterschaft? O nein! Der Staat sind wir, die Kaste von oben! Es darf nur noch befehlende und gehorrende Untertanen geben. Fort mit dem Lohn- und Tarifschutz, fort mit der Sozialversicherung! Liberal muss der Staat sein! denn der Staat sind wir, die Kaste von oben!

Die soziale Reaktion reagiert. Sie will nach ihren Taten beurteilt werden. Kennst du, christlicher Arbeiter, nicht die erste „große Tat“ dieser Regierung des Adels? O doch, du kennst sie, du spürst sie am eigenen Leibe, du weißt, wie das Ende verordnet wurde, man den Besitz schonte, du Arbeiter, du Arbeitsloser, du Invalid. Du weißt, daß der Kampf der Demokratie, dem Volksstaat, der Sozialversicherung, dem Arbeits- und Tarifrecht und vor allen Dingen den Erkämpften dieses Reiches, dieser Sozialversicherung, dieses Staates: den Gewerkschaften gilt. Brutales Herrnmenschenstum greift mit gierigen Händen nach deinem Recht, nach dem formalen und nach dem moralischen Recht, das in deiner Brust verankert ist in deiner Weltanschauung. Du weißt das! Gut, dann kämpfe da gegen in deiner Gewerkschaft, mit deiner Gewerkschaft und für deine Gewerkschaft. Kampf dem Klassenkampf!

## Schrumpfung der deutschen Textilindustrie

Im vergangenen Jahre ist die Zahl der deutschen Aktiengesellschaften von 10970 am 1. Januar auf 10437 am 31. Dezember gesunken, ihr Aktienkapital jedoch von 24 189 auf 24 653 Mill. Reichsmark gestiegen. Mit anderen Worten: die Konzentration stendez in der deutschen Wirtschaft hat trotz mancher aufgekommenen Zweifel an der Richtigkeit weiterer Zusammenschlüsse und Kapitalballungen auch im Jahre 1931 noch Fortschritte gemacht. Das durchschnittliche Nominalkapital erhöhte sich von 2,2 auf 2,4 Mill. RM., also um fast 10 Prozent. Den 939 Abgängen durch Konkurse und sonstige Auflösungen standen gegenüber 202 Neugänge (Gründungen und Umstellungen). Der Kapitalausfall von 903 Mill. Reichsmark infolge der Gesellschaftsabgänge wurde jedoch weit überkomponiert durch den Kapitalzuwachs (1867 Mill. RM.) infolge der Neugründungen und Umstellungen (547 Mill. RM.), besonders aber der Kapitalerhöhungen (820 Mill. RM.). In dieser letzteren Ziffer findet die Konzentrationstendenz der Wirtschaft ihren kapitalmäßigen Ausdruck.

Die deutsche Textilindustrie hat nun im Gegensatz zum gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt im vergangenen Jahre eine abweichende Richtung eingeschlagen. Die Konzentrationstendenz hat einen Rückgang erfahren. Das Nominalkapital pro Aktiengesellschaft ist von 1,7 auf 1,5 Mill. RM. gesunken; bei den Spinnereien und Webereien allein, die ungefähr 80 Prozent aller Textiliengesellschaften ausmachen, von fast 2 auf 1,74 Mill. Reichsmark. Natürlich hat der Konkurs der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei mit einem Aktienkapital von 75 Mill. RM. einen sehr einschneidenden Einfluß auf die Kapitaldiffenzen der gesamten Textilindustrie gehabt, aber es war auch deutlich zu spüren, daß die viele Jahre zu beobachtende Zunahme schlußendlich eingeschlafen ist. Zum mindesten sind die drückenden Wirtschaftsverhältnisse in den meisten Zweigen der Textilindustrie nicht mehr ein Ansporn zu weiterer Konzentration gewesen. Bemerkenswerte Konzentrationen sind im vorigen Jahre außer der Bildung der Ostdeutschen Textilindustrie A.-G. (schlesische Leinenindustrie), der Seidenindustrie A.-G. in Gladbach-Rheydt und der Einführung der Baumwollspinnerei am Stadtbach (Augsburg) in den Debag-Konzern ja nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Im Vergleich zu früheren Jahren, da die „Nationalisierung“ durch Zusammenschlüsse in Hochblüte stand, liegt darin ein starkes Abfallen des Konzentrationsprozesses, und verschiedene Vorgänge haben sogar gezeigt, daß manche früher eingegangene Bindung der Zeit wieder zum Opfer gefallen ist.

Alle diese Ereignisse haben neben der Zusammenbruchslut dazu mitgewirkt, daß die deutschen Textiliengesellschaften nicht nur der Zahn nach (nämlich um 5,5 Prozent), sondern noch mehr hinsichtlich der Kapitalhaltung (um rund 15 Prozent) zusammengezogen sind. Am Jahresarfang wurden noch 766 Gesellschaften gezählt (davon 527 Spinnereien und Webereien) mit einem Aktienkapital von 1287 Mill. RM. (1927). Am Jahresende belief sich der Bestand auf 726 Gesellschaften (499) mit einem Nominalkapital von 1099 Mill. RM. (1927). Von den 40 Abgängen mit einem Kapital von 188 Mill. RM. entfielen also auf die Spinnereien und Webereien 28 mit einem Kapitalanteil von 160 Mill. RM., davon allein auf den Konkurs der Nordwolle 75 Mill. RM.

die am 1. Januar 1932 6% betragen, sind mit 145 800 RM. im Etat als Einnahme eingesezt worden.

Die Ausgaben für das neue Rechnungsjahr sind mit 476 920 000 um 9 507 000 RM. geringer. Unter diesen Ausgaben sind allein 414 400 000 RM. für Invalidenversicherung vorgesehen. Die Reichszuschüsse zu den Renten der Invalidenversicherung, und zwar für 2 428 400 RM. Invalidenrenten, 570 400 Witwenrenten mit je 72 RM. jährlich und 428 700 RM. Witserenten mit je 36 RM. jährlich, sind auf 231 300 000 RM. angeeckt worden. Weitere 20 Mill. RM. stehen der Invalidenversicherung aus dem Gesetz über Zolländerungen zu. Der Betrag wird vom Reichsarbeitsminister schlüsselmäßig verteilt. Der Reichbeitrag zur Invalidenversicherung in einer Gesamthöhe von 163 100 000 RM. enthält auch den Reichsbeitrag für Saarrenten in Höhe von 3 900 000 RM. Für die Durchführung der Unfallversicherung in Reichsbetrieben und ehemaligen Schutzgebietswartungen wurden für schätzungsweise 3050 Rentenempfänger 980 000 RM. eingelegt. Die Deutsche Reichspost erhält für Auszahlungen der Invalidenrente 5400 RM. Zur Erleichterung der knapphaften Pensionsversicherung und zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit sind 58 Mill. RM. in diesem Kapitel eingesezt worden. Die Beihilfen für saarländische Sozialversicherete außerhalb des Saargebietes betragen 1 Mill. RM. Fürsorgeleistungen für Sozialversicherete aus den abgetrennten Gebieten 2 500 000 RM. die Unfallrente für Berechtigte früherer Elsaß-Lothringischer Bergwerksgenossenschaften und Ausführungsbehörden der Sozialversicherung 30 000 RM. Zusammen werden also vom Reich für Fürsorgeleistungen und Renten an die im Deutschen Reich wohnenden Berechtigten aus dem Saargebiet 3 530 000 RM. ausgegeben.

Im allgemeinen ist zu dem Kapitel Allgemeine Bewilligungen für die Sozialversicherung noch zu bemerken, daß der geringere Einsatz der Ausgaben um 9 507 000 RM. im wesentlichen auf die Kürzungen durch die Haushaltungen zurückzuführen sind. Eine weitere Entlastung ist auch dadurch eingetreten, daß im Rechnungsjahr 1932 wiederum von der Zahlung des Reichszuschusses zur Familienwochenhilfe der Krankenkassen abgesehen worden ist.

Natürlich ist das etwas grob gesagt, denn genau genommen entsteht die Differenz aus einem Saldo von 3 111 und Abgangen, wobei die letzteren weit in der Überzahl sind. So stehen 8 Zugänge (Spinnereien und Webereien 3) mit einem Nominalkapital von 24 Mill. Reichsmark (21), die sich aus 6 Gründungen (1) und 2 Umstellungen (2) mit einem Kapital von 5 Mill. RM. (2) und aus Kapitalerhöhungen im Betrage von 19 Mill. RM. (19) zusammensehen, insgesamt 46 Abgänge (20) mit einem Kapital von 172 Mill. RM. (141) gegenüber. Diese 46 Abgänge, zu denen weiter noch 2 statistische Ausscheidungen (2) infolge von Gegenstandsänderungen mit einem Kapital von 40 Mill. RM. (40) kommen, setzen sich nach der Gesellschaftszahl zusammen aus 13 Konkursen (7) und 33 sonstigen Auflösungen (22), der Kapitalhöhe nach aus 80 Mill. der Konkursgesellschaften (78), 24 Mill. bei den sonstigen Auflösungen (18) und außerdem 68 Mill. Kapitalerhebungen (45). Von den 141 Mill. RM. Abgangskapital der Spinnereien und Webereien entfällt also auf die Nordwolle über die Hälfte (75 Mill. RM.), von den 78 Mill. RM. der Konkursgesellschaften sogar fast der ganze Betrag. Man wird bei so einem Niederausbruch, wie ihn das vorige Jahr gebracht hat, die Bestandsreserve der Textiliengesellschaften hinsichtlich der Kapitalhaltung als unnormal ansehen müssen. Jedenfalls ist bei allen späteren Vergleichen wohl daran zu denken, daß das Jahr 1931 einen besonderen Maßstab verlangt.

Zum Schluß noch eine Gruppierung der Textiliengesellschaften nach der Höhe des Aktienkapitals am 31. Dezember 31 (Summe des Nominalkapitals in Mill. RM.):

Aktien-Kapital	Nominal-Kapital	Davon Spinnerei und Weberei		Davon Kunstdruck	
		Bahl	Rom. Kapital	Bahl	Rom. Kapital
5000 RM.	10	0,05	6	0,03	—
über 5000 RM. bis unter 50 000 RM.	18	0,44	8	0,18	—
50 000 bis unter 100 000 RM.	37	2,1	20	1,1	—
100 000 " 500 000	233	59,8	161	41,7	1
500 000 " 1 Mill.	149	93,2	97	64,1	—
1 bis unter 3 Mill.	203	327	133	222	1
3 " 5 Mill.	49	183	42	156	—
5 " 20 Mill.	31	239	28	218	3
20 Mill. und mehr	5	194	4	164	2
Zusammen:	726	1099	499	367	7

Nach der Zahl der Gesellschaften sind demnach 3 weise (wenn auch nicht gleich hohe) Spitzen vorhanden, und zwar in den Aktienkapitalgruppen 100 000 bis unter 500 000 und 1 Mill. bis unter 2 Mill. RM., während hinsichtlich der Höhe des Nominalkapitals die leichtgenannte Gruppe (1 bis unter 3 Mill.) allein bei weitem die Borrrage hat. Das trifft sowohl für den Durchschnitt der Textilindustrie wie für die Spinnereien und Webereien zu. Jedoch zeigt die Kunstdruckindustrie eine weit über den Durchschnitt hinausgehende Konzentration und Kapitalbildung; sie hat ihr Schweregewicht in den beiden höchsten Aktienkapitalgruppen, zu denen 5 Gesellschaften mit 141 Mill. RM. Nominalkapital, davon allein 2 (Glanzstoff und Bemberg) mit 117 Mill. RM. gehören. Die letzte Kapitalgruppe der Textilindustrie hat naturgemäß durch den Ausfall der Nordwolle ganz erheblich an Bedeutung verloren, so daß auch hier das Bild gegenüber 1930 einmal verändert worden ist.

## Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt

Die Hilfsbedürftigkeit wird in allen Fällen, in denen das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Unterstützung von der Hilfsbedürftigkeit abhängig macht, von der Gemeinde geprüft. Die Entscheidung über die Gewährung der Unterstützung dagegen liegt nach wie vor beim Vorsitzenden des Arbeitsamtes. Wenn auch der Vorsitzende des Arbeitsamtes nicht berichtet ist, eine höhere Unterstützung zu gewähren als die Gemeinde vorgeschlagen hat, so kann er doch eine geringere Unterstützung festlegen. Nur hat die neue Notverordnung in recht eigenartiger Weise das Rechtsmittelverfahren in der Krisenfürsorge und auch in der Arbeitslosenversicherung vom Beginn der zweiten Woche an geregelt. Künftig stehen dem Arbeitslosen zwei Einspruchsmöglichkeiten zur Verfügung. Gegen das Gutachten der Gemeinde kann er Einspruch einlegen. Die Form des Einspruches bestimmt die oberste Landesbehörde unter Anwendung der Grundsätze des Fürsorgerechts. Außerdem aber hat der Arbeitslose wie bisher das Recht, Einspruch gegen die Entscheidung des Arbeitsamtes einzulegen. Diese beiden Einspruchsmöglichkeiten müssen sich in der Praxis recht eigenartig auswirken. Wenn z. B. die Gemeinde 80 Prozent des Rechtsakes als Krisenunterstützung vorgeschlagen, das Arbeitsamt aber nur 50 Prozent bemüht hat, so kann der Arbeitslose beide Einspruchsvorrichtungen in Gang bringen. Schon jetzt stellt sich immer deutlicher heraus, daß das Nebeneinanderhalten von Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt eine Behördenhäufung anstatt einer Vereinfachung der Verwaltung gebracht hat.

## Zunehmende Nahrungsmittelversorgung aus eigener Erzeugung

Aus einem Bericht des Instituts für Konjunkturorschung geht hervor, daß der Anteil der Versorgung des deutschen Volkes aus inländischen Nahrungsmitteln in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen ist. Der Anteil der Einfuhr am Verbrauch betrug bei Fleisch 1931 nur noch 1 Prozent, bei Brotprodukte 4 Prozent, bei Butterfettkreide 6 Prozent, bei Eiern 30 Prozent. Der Bedarf an Zucker und Kartoffeln wurde stets aus eigener Erzeugung gedeckt. Entsprechende Zahlen bei Käse, Butter und Gemüse sind mangels Verbrauchsstatistiken nicht feststellbar.

## Eine wirkungsvolle evangelische Arbeitertagung

Am 10. Juli versammelten sich im städtischen Saalbau in Essen circa 800 bis 1000 Vertraulente aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung, Zweck der Tagung war, zu den brennenden gesellschaftlichen und staatspolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Die beiden bekanntesten Führer aus dem evangelischen Lager, Franz Behrens, Berlin, und Reichstagsabgeordneter Emil Hartwig, Spandau, wurden stürmisch begrüßt und behandelten obige Fragen unter folgenden Themen:

"Wache auf, evangelisches Arbeitervolk!" und "Bilde die neue christlich-soziale Kampffront!"

Das Ergebnis der Verhandlungen war eine einmütige Zustimmung zu den folgenden Entschließungen:

"Die am 10. Juli im städtischen Saalbau zu Essen tagende Westdeutsche evangelische Arbeiterkonferenz begrüßt das Vorgehen der evangelischen Arbeiterschriften Behrens, Bräuer und Hartwig und fordert mit ihnen die evangelische Arbeitnehmerchaft zur Bildung einer christlich-sozialen Kampffront und zum Anschluß an den christlich-sozialen Volksdienst auf. Zur bevorstehenden Reichstagswahl lautet unsere Kampfparole:

Gegen jede Parteidiktatur und Klassenherrschaft!  
Gegen Terror und Verhetzung im politischen Kampf!  
Gegen die Entrichtung des arbeitenden Volkes in Stadt und Land!  
Gegen die Fesseln des Versailler Diktats!  
Gegen den Bolschewismus auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens!

Wir kämpfen mit dem christlich-sozialen Volksdienst:  
Für die Freiheit der deutschen Nation!

Für soziale Gerechtigkeit und gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft!  
Für deutsches Arbeitsrecht, Arbeiterschutz und Sozialversicherung!

Für die christliche Familie, christliche Schule und Erneuerung der deutschen Kultur aus christlichem Geist!  
Für den deutschen Volksstaat auf christlicher Grundlage!"

Zum Schluß wurde ein christlich-sozialer Ausschuß für den Westen Deutschlands gebildet, dem die nachstehenden Gewerkschaftsangehörigen angehören: Du dey-Duisburg, Melcher und Harff-Düsseldorf, Krömelbein-Eisen und Wehrlich-Hamm.

J. M.

## Beschäftigung im Monat Juni

Wie zu erwarten, hat auch der Monat Juni keine Besserung in der Beschäftigungslage gebracht. Was wir feststellen, ist, daß keine weitere Verschlechterung bei der Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Der Monat Mai schloß mit 26,9 Prozent, der Monat Juni mit 26,8 Prozent Arbeitslosen ab.

Die Kurzarbeit zog sogar etwas an, da sie von 52,4 auf 52,5 Prozent anstieg. Dabei werden weitere Einschränkungen der Arbeitszeit aus den einzelnen Bezirken erneut. Der Druck, der auf der gesamten Wirtschaft lastet, ließ auch im Monat Juli nicht nach. Man darf sogar behaupten, daß im Hinblick auf die außenpolitischen Verhandlungen in Lausanne eine weitere starke Zurückhaltung zu bemerken war. Das geht auch daraus hervor, daß in allen Branchen der Grad der Arbeitslosigkeit sowie die Kurzarbeit sich gegenüber dem Vormonat kaum verschoben hat. Der Abschluß der Lausanner Konferenz sollte, wenn man die Dinge rein gefühlsmäßig betrachtet, Anlaß sein, ein Nachlassen der Depression zu bewirken. Ob diese Hoffnung sich erfüllt, werden die nächsten Wochen und Monate lehren.

Die Übersicht in der Beschäftigungslage der einzelnen Branchen ergibt:

Branche	Vollbeschäftigt	Arbeitslos	Kurzarbeit
	Prozent	Prozent	Prozent
Seide und Kunstseide	21,7	34,9	44,3
Bolle	22,0	25,4	52,6
Baumwolle	16,1	22,5	61,4
Leinen	11,3	23,6	65,1
Jute	42,9	48,4	8,7
Wirkerei und Strickerei	27,7	33,8	38,5
Gardinen, Spitzen, Tüll	15,7	36,7	47,6
Sonstige	26,2	30,4	43,4

## Gewerkschaftsbeiträge als Vergleichsmittel

Es ist keine Seltenheit, daß man in gewissen Kreisen, um diese oder jene Vereinsbeiträge etc. der Arbeiterschaft schamhaft zu machen, Gewerkschaftsbeiträge darin in Vergleich stellt und so zu begründen sucht, wie "gering" im Vergleich dazu die jüngsten Vereinsbeiträge oder sonstigen Ausgaben sind. Es braucht heute noch besondere Erwähnung, wie wenig berechtigt im allgemeinen solche Vergleichungen sind. Die Zeitungszählung nur die Gewerkschaften kann eben nicht mit der Zeitungszählung für irgendwelche Klubs oder Vereine in Parallelen gelegt werden. Während dort mehr oder weniger Vereinsgeld rein gesellschaftlicher, sportlicher oder kultureller Art verfolgt werden, dient der Gewerkschaftsbetrieb der grundlegenden Erfüllung der Arbeiterschaft überhaupt, durch die nicht zuletzt erst die Fortentwicklung jener Befreiung gegeben wird. Niederkunft ist von den Gewerkschaften durchaus vorgemessen worden.

Das dem Rahmen dieser wöchigen Vergleichung aber fällt einigermaßen heraus die Heranziehung der Gewerkschaftsbeiträge als Vergleichsmittel, — für rechnung durch den Gemeindeverband der katholischen Kirchengemeinden der Stadt Kreisfeld in einem den Kirchensteuerbezirken handelt. Ein Wort zur Kirchensteuer zu begründen. Wir brauchen nicht zu betonen, daß wir in jeder Hinsicht eine Aufklärung über Art, Höhe und Verwendung der Kirchensteuern besonders in der gegenwärtigen Notzeit für dringend erforderlich und gut halten. Gerade die christlich-organisierte Arbeitnehmerchaft und deren Kirchensteuerbezirk haben sich auf die Kommission in dieser Hinsicht sehr in positiver Seiner betätigt. Wenn jedoch letztens eines Kirchengemeindeverbandes ausgedrückt die Höhe der Gewerkschaftsbeiträge als Vergleich zu den Zügen der kirchensteuer bezogen

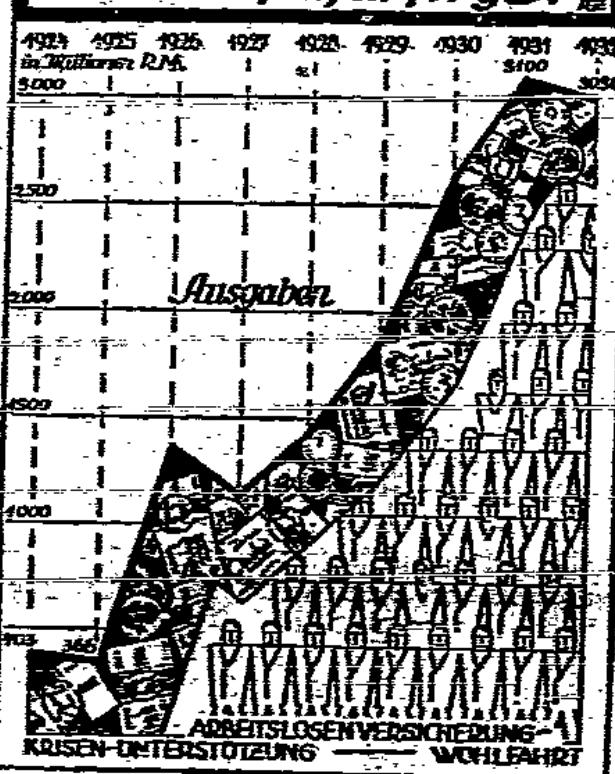
wird, dann kann man sich selbst bei harmlosester Betrachtung des Eindrucks nicht verwehren, als ob diese Vergleichung einer gewissen Ablichtlichkeit entspringt, die alles andere als gewerkschaftsfreundlich ist. Wir wiederholen: Auch zwischen der Aufbringung und Verwendung von Kirchensteuern und Gewerkschaftsbeiträgen ist ebenso wie hinsichtlich sonstiger Vereinsbeiträge keinerlei Vergleichsmöglichkeit gegeben. Selbst wenn man dem Kirchensteuer an sich den Vorrang gibt, wird man das nicht bestreiten können. Wir hätten deshalb gewünscht, daß auch der Gemeindeverband der katholischen Kirchengemeinden der Stadt Kreisfeld diese so unberechtigte und nicht minder unglückliche Vergleichung sein gelassen hätte. Sie bringt ihm kaum überzeugtere Kirchensteuerzahler bei der Arbeitnehmerchaft ein.

## Allgemeine Rundschau

Was geplant wird.

Ganz in der Linie der neuen Herren liegt das Bestreben, die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung auf die gelehrte Leistung anzurechnen. Das heißt, die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen sollen dafür bestraft werden, daß sie in ihren guten Zeiten nie vor gelegentlich auch noch eine zweite Sicherung eingingen. Eine solche Regelung ist den neuen Herren auch deswegen außerordentlich sympathisch, als man dadurch den Gewerkschaften eins auswischen kann. Denn der rückgratlose Gewerkschaft ist insofern dem reaktionären Adelskabinett unangenehm, als er sich gegen die Rechtslosmachung der Arbeiter zur Wehr setzt. Es würde sich vielleicht eine Arbeiterschaft, die mit ehrfürchtigem Respekt Rücken oder in strammer Haltung alles mit sich geziehen läßt, was die Herrschäfte ihren Untertanen befiehlt. Wenn die neuen Herren immer noch in Gedanken an den antikapitalistischen gebliebenen Arbeiter sich ihrer Haut zu mehrern wüßen. Gegen die neuen Machenschaften haben sie zunächst eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gemacht.

## Arbeitslosenfürsorge.



1924: Anfang der Arbeitslosigkeit wurde die Ausgaben für die Gesamtanfälle bei Arbeitslosenunterstützung erst im Jahre 1924, vor kurzen Unterstellungen abgesetzt, während angegeben. Die Arbeitslosenfürsorge ist nun zwischen den Leistungen der Reichsregierung und der Staatsversicherung und der Ausgaben für Arbeitsbeschaffung und Arbeitsförderung abgrenzung, der Zuflussunterstützung und der Ausgaben für Erwerbslosigkeit. Im ersten Jahre nach der Staatsübertragung wurde 400 Millionen RM für diese Zwecke eingesetzt. Seitdem in den guten Jahren der Sommer 1927 und 1928 wurden 1154 Millionen RM, bzw. 1440 Millionen RM, als Arbeitsförderung ausgegeben werden. Das Jahr 1929 und weiter 3030 Millionen RM, in Anfang gebracht werden. Diese 3030 Millionen RM, die im Sommer 1929, bezogen waren, 3500 Millionen RM, bezogen waren.

## Kirchliche Rundschau

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss hat zur Rot der Gegenseitigkeit nachdrückliche Ausdrücke erlassen:

Unser Volk und mit ihm die ganze Welt leidet schwerste Rot. Die angeborene Zeugung von Wirtschaftsgütern durch den Krieg, die drückenden Lasten, die er den Söldnern, besonders unter verarmten Deutschen, aufgelegt hat, die Zeugung zusammengehöriger Wirtschaftsgüter durch unnatürliche Grenzziehung, die Unterdrückung der Bevölkerung, die allgemeine Unfreiheit und das tiefe gegenseitige Misstrauen lassen eine Befriedung nicht aufkommen. Verfeindung und Feindseligkeit greifen immer mehr an sich; ein Leben ohne Arbeit und Angestellte verlieren seinen Sinn. Die Gefahr ist da, daß die Welt in das Chaos hineinfiebert.

Die letzten Quellen der Rot sind nicht wirtschaftlicher, sondern geistiger Art. Die Welt leidet unter Stolz und Herrschaft, unter Hingerichtet und Unmenschlichkeit. Die Kirche fordert vor allem soziale Zusammenarbeit im eigenen Volk und zwischen den Söldnern; nicht gerechtigkeit, nicht nur ihrer Söhne; sondern nicht christliche Bergbaudaten.

Die Sozialfunktion der Kirche kann nicht wirtschaftlicher, wenn wir sie nicht mit Stolz und Stolze nicht unterliegen wollen. Kraft gibt allein der Glaube, daß nicht ein steriles Sozialrat über uns steht, sondern daß Gott im Regenbogen sitzt. Dann sind wir mit all den Söhnen der Kirche verbunden. Jeder einzelne soll helfen, der Rot zu besiegen. Opfer müssen von allen gefordert werden. Unsere Generation ist die, die die in dieser Rotzeit offenbar geworden ist. Sie werden nicht mehr mude werden. Sie auf den Herrn hoffen, bringen neue Kraft.

## Aus der Jugendbewegung

Ein junger Sozialist.

Die Jugendgruppe "Katholische Stadtmitte". Wir wollen zu Land ausziehen, weil über die Züren nicht. So könnte es freudig aus 17 jungen Leuten, als einzige innerjährige Sonderfeiertag aus nach der Eislauf fährt. Wie denn Menschen allein kann in dieser schönen Welt. Gern den wir in der Jugendbewegung uns geführt hatten, unterscheiden wir eine Wandlung in die höhere Umgebung. Die freien Tage zu seinen Freizeitpartien ein. Städte und Landweg ging's zurück zur Jugendbewegung. Sie anderen Menschen gegen 5,00 Uhr vor großer Freude. Nach dem Eislauf trafen alles ganz lässig.

gang. Von Gerolstein aus brachte uns die Eisenbahn nach Darmstadt. Herrliche Höhenwege führten uns an den Eisenberg vorbei über den Vulkanweg und Lieferpfad nach Manderscheid, "die Perle der Eifel". Große Rast wurde am Weinfeier-Wirt gemacht. Hier wurde das Mittagessen eingenommen, welches wir selbst zubereitet hatten. Zwei große Kessel waren zur Fütterung der "widern Rauhbirne" bestimmt. Vorbildlich war vor allen Dingen die Manderscheider Jugendherberge. Ein Rundgang durch das Städtchen und zu den Burgen belehrte uns, welche schönes Stück Erde unserer Heimat Manderscheid ist. In der Jugendherberge hatte jeder eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen. Das Sprichwort: "Vorne Ordnung, liebe sie, sie erspart dir Zeit und Mühe" stand hier Anwendung. Der dritte Tag sah uns auf fröhlichem Marsch nach Kyllburg zu, von wo aus die Heimfahrt angetreten wurde.

Verband — Verbünden seien! Das fühlten alle jungen Kollegen auf unserer Fahrt. Fühlen wir uns nicht wie eine große Familie, wo jeder hilfsbereit dem anderen zur Verfügung stehen muß? Rüsten wir nicht zusammenhalten, soll unser Werk gelingen? Wo jeder Bruder und Schwester ist, und jeder sich seiner Aufgabe bemüht ist, die er zu erfüllen hat. Das fühlten auch alle, welche an dieser Tour teilnahmen. Ihr Gelobnis war: Treu zur Sache zu stehen und allen Anfeindungen zum Trotz unser Ziel zu erreichen durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Das muß unsere Aufgabe sein. Will. Bahnen.

## Aus der Arbeiterinnenbewegung

Unsere Wanderung nach Neuenkirchen-Land.

Am Sonntag, dem 18. Juni 1932, versammelte sich die meiste Jugendgruppe Emsdetten zu einer Fußwanderung nach Neuenkirchen-Land. Dort fand ein Arbeiterinnentreffen für die Geschäftsstellen Emsdetten, Mesum, Rheine, Ibbenbüren, Borgdorf und Neuenkirchen statt. Bei trüber Witterung, aber doch frischer Witterung, machten wir uns mit Rucksackverpackung gegen 9,30 Uhr auf dem Wege zu unserem Ziele. Mit dem Lied: "Ach du mein lieb' Heimatland," verließen wir unser Heimatdorf und marschierten den Wanderweg über das nahegelegene Penn entlang. Nach fast zweistündiger Wanderung machten wir am Marx-Klemens-Kanal Rast und ließen uns die mitgebrachten Sachen mit gutem Appetit mund. Dann machten wir uns auf der Suche nach einer Brücke über den Marx-Klemens-Kanal, denn wir mußten den Kanal überqueren. Endlich fanden wir auch einen kleinen Steg, und zwar einen solchen, daß sich einige Kolleginnen sogar nasse Füße holten. Dann ging es weiter unseres Ziels zu. Herzlich wurden wir von der Jugendgruppe Rheine empfangen. Als wir unser Ziel erreicht hatten, feierten wir uns in den schönen Anlagen der Wirtschaft Heckmann und ließen uns unser Mittagessen gut schmecken. So langsam stellten sich dann auch die noch schlafenden Gruppen der Nachbarorte ein. Es dauerte gar nicht lange und wir hatten zusammen Freundschaft geschlossen. Wie sollte es auch anders sein, da doch uns als Arbeiterinnen dieselbe Berufsschicht ein. So füllten wir dann die uns noch zur Verfügung stehende Zeit aus mit gemeinsamen Spielen und Tänzen, bis das Zeichen gegeben wurde zum Beginn der Berganstaltung. Diese wurde mit einem ersten Lied eingeleitet. Die Führerin unserer Gruppe, die Kollegin Richter, legte in ihren Einleitungsworten den Sinn und die Bedeutung des Arbeiterinnentreffens dar. Außerdem dann ein schönes gemeinsames Lied gesungen und ein schöner Prolog vorgetragen worden war, sprach die Kollegin Küppers zu uns jungen Arbeiterinnen. Sie legte die besondere Bedeutung der eigentlichen Jugendarbeit dar und führte uns die daraus sich ergebenden Aufgaben für uns Arbeiterinnen vor Augen. Der zweite Teil wurde ausgeführt mit gemeinsamen Sing- und Wettkämpfen, wobei auch unsere Gruppe sich einen Preis errungen hat. Die Anerkennung wurde uns ein schönes Buch angeprochen. Gegen 6 Uhr verabschiedeten wir uns wieder von den anderen Gruppen, weil die Zeit des Rückmarsches gekommen war. Mit Lachen, Scherzen und Singen sind wir dann den Weg zurückgewandert, unserem Heimatdorf zu. Uns allen hat dieses Arbeiterinnentreffen sehr viel gegeben. Mit dem Lied: "Ach, zur guten Nacht" und mit dem Gedanken, das auf dem Treffen Gehörte auch praktisch in unserer Gruppe verwerten zu wollen, haben wir uns an der Dorfgrenze verabschiedet. Martha Hämer.

## Geichte aus den Ortsgruppen

Osnabrück. Mitten in seiner Arbeit und seinem Wicken für unsere Bewegung wurde plötzlich nach zweitägiger Krankheit unser Vorsitzender Adolf Baugert am 11. von uns genommen. Die Arbeit für die christlich-nationale Arbeiterbewegung steht hier in Osnabrück auf besondere Schwierigkeiten. Langtermint hat trocken jahrelang den Vorsitzendenposten zur vollsten Zufriedenheit der Mitglieder ausgefüllt. Er war unermüdlich tätig sowohl als Vorsitzender wie auch als Betriebsrat und Vertretungsman. Sie haben einen guten Mann begraben; uns aber war er mehr.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

## Sterbefotel

1. Rosenmüller, Schöllbronn, 27 J. — J. Orgs, Glauchau, 54 J. — H. Goldowski, Gronau, 27 J. — Aug. Wienken, Epe, 52 J. — Theo Styrnski, Ahrens, 19 J. — Albert Heiden, Hemges-Dohle, 50 J. — Philipp Hamacher, Aachen, 63 J. — Fritz Körholz, Emsdetten, 24 J.

Ruhe in Frieden!

## Bekanntmachung

Bekannt: Invalidenunterstützung.

Nach § 38 Ziffer 7 der Verbandsfassungen ist vor Ablauf eines jeden Monats der Hauptgeschäftsstelle seitens der Ortsgruppenvertreter über die Anzahl der Invalidenunterstützungsfälle zu berichten. Die Mitteilung muß bis zum 20. eines jeden Monats erfolgen, auch dann, wenn sich an den Unterstützungsfällen nichts geändert hat. Vor Eingang der vorgeschriebenen Benachrichtigungen an die Hauptgeschäftsstelle wird in keinem Falle Unterstützung angewiesen.

Der Hauptvorstand.

## Inhaltsverzeichnis

Artikel 1: Illusionspolitik. — Die deutsche Sozialversicherung — ein „Schiffbruch“? — Die neuen Unterstützungsfälle für Kurzarbeiter. — Die Kosten der Wohlfahrt. — Schriftsprache in der Textilindustrie. — Kampf dem Klassenkampf! — Die Sozialversicherung im neuen Reichesrat. — Schrumpfung der deutschen Textilindustrie. — Arbeitsamt und Wohlfahrtamt. — Zur neuernden Rohstoffversorgung aus eigener Erzeugung. — Beschäftigung im Monat Juni. — Eine wirkungsvolle evangelische Arbeitertagung.

Berichte: Jugendbewegung. — Gemeinschaftsarbeit. — Sozialpolitik. — Gedenktag. — Aus der Jugendbewegung. — Aus der Arbeiterinnenbewegung. — Berichte aus den Ortsgruppen. — Sterbefotel. — Bekanntmachung.

Geschäftsleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florastrasse 7.